

## **Manifest für den Bundesverband der Ärztegenossenschaften als gemeinsames Eckpunktepapier**

1. Genossenschaftliche Unternehmensstruktur bedeutet einer für alle, alle für einen – wirtschaftlicher Erfolg und standespolitische Interessensvertretung durch Gemeinschaft.
2. Der Zusammenschluss der Heilberufler (z. Zt. Ärzte/Psychologische Psychotherapeuten) ist freiwillig und in Freiheit, fachübergreifend. Im Bundesverband länderübergreifend überregional.
3. Ziel ist gemeinsame Macht am Markt und in der Sozialpolitik, mit Kooperationspartnern, für den Erhalt der Freiberuflichkeit und gegen Fremdbestimmung.
4. Ärztegenossenschaften sind unabhängige Partner der körperschaftlichen Selbstverwaltung, soweit möglich.
5. Ärztegenossenschaften fordern hochwertige Medizin ohne staatliche Bevormundung.
6. Ärztegenossenschaften fordern die vertrauensvolle freiheitliche Beziehung von Arzt und Patient, ohne staatliche oder kassenseitige Überwachung und Einschränkung der Therapiefreiheit.
7. Ärztegenossenschaften fordern leistungsgerechte Honorierung und das Ende des Diktates einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik.
8. Ärztegenossenschaften fordern Kostenerstattung und Eigenverantwortung durch Subsidiarität, Solidarität ohne Sozialismus.
9. Ärztegenossenschaften fordern in einer modernen Demokratie Freiheit und Wachstumschancen auch im Sozialwesen.
10. Ärztegenossenschaften stehen bereit, Versorgungskonzepte zu übernehmen, jenseits der Pflichtmitgliedschaft und der Zwänge in Körperschaften.

Die aktuelle Situation zwingt zu klarer Positionierung sowohl für die öffentliche Darstellung und Profilierung der Ärztegenossenschaften als auch für die laufenden strategischen Allianzen mit anderen freien Verbänden und Verbänden.

Unter dem Motto: „Gemeinsam sind wir eine Macht“ müssen gemeinsame Ziele und Forderungen definiert sein, unter Erhalt und Hervorhebung der ärztegenossenschaftlichen Besonderheiten und der Bedeutung für die Zukunft.

Wir sind uns mit der Ärzteschaft Deutschlands einig, dass staatliche Bevormundung, Rationierung und Sparkurs der Krankenkassen, Haftung für fremd induzierte Kosten, Überbürokratisierung und Überreglementierung beendet werden müssen.

Wir sind uns einig im Widerstand gegen eine Sozialpolitik gegen die Freiberuflichkeit und auf dem Rücken unserer Patienten.

Wir sind uns einig, das AVWG als aktuelles Instrument und Spitze des Eisberges einer unwürdigen Zuteilungsmedizin mit Bonus und Malus für einzelne Ärzte abzulehnen und mit allen Mitteln zu verhindern.

Als ultima ratio bei Fortführung staatsdirigistischer Entmachtung von Selbstverwaltung, vertragsärztlicher Freiheitsbeschränkung auch durch Macht der Krankenkassen, ethischer und existenzieller Nötigung durch Vertragsarztrecht wird die kollektive Rückgabe der Kassenzulassung durch die Ärztegenossenschaften vorbereitet.

Die Ärztegenossenschaften der einzelnen Bundesländer sind aufgefordert, in kontinuierlicher Folge und zeitlicher Abstimmung mit allen im Konsens befindlichen Partnern weiterhin Protest zu artikulieren und zu organisieren, wir dürfen im Sinne unserer beruflichen Freiheit und für das Vertrauen unserer Patienten nicht nachlassen im Kampf für ein liberales und menschenwürdiges Gesundheitssystem.

Bad Segeberg, den 30.01.2006